

AFD-Anhänger tragen freilich keine Runen oder dreiviertellange Hosen. Sie kommen daher wie alle anderen ganz normalen Besucher. Die AfD-Szene in der Region sei klein, sagt John-Stucke. Die Zahl der Besucher mit rechter Gesinnung habe sich in jüngster Zeit nicht vergrößert.

Anderswo aber schon. Im Sommer 2018 musste die Führung einer Gruppe durch die KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen, nicht weit von Berlin gelegen, abgebrochen werden. Besucher sollen NS-Verbrechen verharmlost und gestört haben. Sie sollen die Existenz von Gaskammern angezweifelt haben. Die Gruppe war auf Einladung der AfD-Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel gekommen. In Bergen-Belsen bestritt ein Besucher gegenüber einem Guide Ende Januar 2019 Naziverbrechen. Und erst in der letzten Woche wurde bekannt, dass Rechtsextreme auf dem ehemaligen Gelände der Reichsparteitage in Nürnberg einen Fackelzug abhielten.

In Dresden ließ der Thüringer AfD-Chef Björn Höcke 2017 eine Rede vom Stapel, in der er beklagte, Deutschland sei „das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat“, und forderte eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“. Und in Thüringen erklärte der AfD-Fraktionschef im Bundestag, Alexander Gauland, im Juni 2018, die Zeit des Nationalsozialismus zu einem „Vogelschiss“ in 1.000 Jahren deutscher Geschichte. Und deshalb gibt es heute nicht nur auf der Wewelsburg Probleme. NS-Gedenkstätten in ganz Deutschland sind alarmiert über den rechten Trend. Sie gehen damit nicht unbedingt laut an die Öffentlichkeit, ihre Leiter wollen nicht den Eindruck vermitteln, als kreisten ihre Gedanken Tag und Nacht um dieses Problem. Doch sie müssen sich mit ihm beschäftigen, notgedrungen.

Johannes Tüchel gehört zu ihnen. Der Mann mit sonorer Stimme lädt in sein provisorisches Büro ein, es wird gerade umgebaut. Sein Haus befindet sich in der Berliner Stauffenbergstraße, und die Adresse ist Programm: Hier, in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, geht es nicht, wie in der Wewelsburg, um die Täter, sondern um diejenigen, die dem NS-Regime entgegengetreten sind. Und dazu gehört Claus Schenk Graf von Stauffenberg, der Mann, der 1944 Hitler in die Luft zu sprengen versucht hatte und dafür mit seinem Leben bezahlen musste. Nur wenige Meter von Tüchels Büro entfernt, im gepflasterten Hof des Bendlerblocks, ist Stauffenberg in der Nacht vom 20. auf den 21. Juli zusammen mit Mitverschwörern erschossen worden. Eine Tafel neben dem Eingang zur Ausstellung erinnert an den Mord.

„Die neuen Rechten versuchen schon seit längerer Zeit, einen starken Stauffenberg-Bezug herzustellen“, sagt Tüchel. „Sie bauen sich ihr eigenes Stauffenberg-Bild.“ Der Leiter der Gedenkstätte beklagt einen „Missbrauch des Widerstands“ durch rechtspopulistische Kreise. „Sie stellen sich selbst in die Tradition des Widerstands gegen den Nationalsozialismus.“ Die AfD habe auch ein Bild Sophie Scholls verwandt und dazu geschrieben, diese würde heute AfD wählen.

In solchen Fällen neigt Tüchel nicht zu Diskussionen, sondern äußert sich klar dagegen. Den Missbrauch der schwarz-rot-goldenen Fahne mit dem Philippuskreuz, die von dem am Umsturzversuch des 20. Juli 1944 beteiligten Josef Wirmir als Symbol für die Wiederherstellung des Rechtsstaats entworfen wurde, durch Pegida findet Tüchel „unerträglich“.

In anderen Fällen aber stellt sich Tüchel der Debatte. Seit die AfD 2017 in den Bundestag eingelegt ist, haben ihre Abgeordneten auch das Recht, über das Bundespressemittel Besucher aus ihrem Wahlkreis in die Hauptstadt einzuladen. Und davon machen sie reichlich Gebrauch, auch und gerade in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand.

Und so schlagen ein- bis zweimal im Monat Besuchergruppen der AfD in Tüchels Haus auf. Rund 25 Mal sei das bisher der Fall gewesen, berichtet dieser, der es sich nicht nehmen lässt, einen Teil dieser Gruppen persönlich durch die Ausstellung zu führen. Das sei keineswegs etwa einem Misstrauen gegenüber den anderen Guides geschuldet. „Ich lasse mir doch nicht die Gelegenheit nehmen, auch diese Gruppen über den Widerstand gegen den Nationalsozialismus zu informieren!“, sagt Tüchel und wird dabei lebhafter. Schließlich habe die Gedenkstätte einen Bildungsauftrag und es sei seiner Meinung nach keineswegs so, dass alle AfD-Fans gleich Neonazis seien. Mit denen al-



Tatort Bendlerblock: Hier starben die Widerstandskämpfer des 20. Juli, Heute befindet sich hier die Gedenkstätte Deutscher Widerstand. Foto: imagoBroker/picture alliance

lerdings rede er nicht. Für die gebe es im Zweifelsfall ein Hausverbot und einen Anruf bei der Polizei. Für alle anderen Besucher aber gelte es, „die Kärner-Arbeit der Information über die NS-Zeit fortzusetzen“. Rund 120.000 Menschen haben die Gedenkstätte Deutscher Widerstand im vergangenen Jahr besucht, Tendenz steigend, ein Erfolg. Die AfD-Gruppen verhielten sich in der Regel unauffällig, auch bei den anschließenden Diskussionen, berichtet Johannes Tüchel. Ob er etwas mit seinen Führungen bewirke? Das könne er nicht sagen. „Ich kann ja nicht wissen, was diese Menschen denken.“ Aufgefallen sei ihm aber, wie sehr manche dieser Besucher die damalige Situation – den lebensgefährliche Kampf gegen eine mör-

„Ich lasse mir doch nicht die Gelegenheit nehmen, auch diese Gruppen über den Widerstand zu informieren!“

J. Tüchel, Gedenkstätte Deutscher Widerstand

derische Diktatur – mit den heutigen Zuständen gleichzusetzen. „Das ist ja heute nicht anders“ oder „Wir leben ja heute auch in einer Diktatur“, solche Sprüche, die auf die so gerne von der AfD gepflegte Opferrolle verweisen, habe er schon häufiger zu hören bekommen. „Hier verweisen wir dann klar auf den Unterschied zwischen Widerstand gegen totalitäre Diktaturen und Opposition in einem demokratischen Rechtsstaat“, sagt Tüchel.

Johannes Tüchel steht mit seinem Problem nicht alleine da. Die NS-Gedenkstätten in Deutschland sind miteinander vernetzt, und diese Vernetzung hilft jetzt auch angesichts der rechtsradikalen und rechtspopulistischen Stimmungen. Die Institutionen holen sich externen Rat bei der Frage ein, wie man mit dieser Art Besucher umgehen sollte. In der Hauptstadt ist das die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR).

„Klare Regeln bei Führungen vorgeben“

Matthias Müller, ein bärtiger Mann mittleren Alters, hat sein Büro ganz oben in einem Hochhaus im Norden Berlins. Die NS-Gedenkstätten hätten sich an die Mobile Beratung gewandt, weil die Guides der Einrichtungen Bedenken bei Führungen von Rechten hatten, sagt er. Wann muss man eine Führung abbrechen und wann nicht? Soll man auf jede Provokation antworten? Müller spricht in diesen Fällen von einer „Gratwanderung“, schließlich könne manche unbedachte Äußerung auch auf Unwissen zurückzuführen sein.

Vor allem aber stelle sich für viele Guides die Frage, ob man Rechtspopulisten und Anverwandte überhaupt führen wolle. Was, wenn man in Detaildebatten verwickelt werde und den vorgebrachten Argumenten nicht standhalten könne? Was geschehe, wenn der Name anschließend in rechten Foren gepostet wird?

Die MBR kann solche Ängste nicht einfach zerstreuen. Aber, sagt Müller, sie könne gewisse Handlungsmöglichkeiten empfehlen. Etwa die, Führungen nur zu zweit zu übernehmen. Diskussionen über eine Ausstellung ans Ende der Veranstaltung zu verlegen anstatt sich während einer Führung in Debatten zu verstricken. Einige Gedenkstätten haben dem Sicherheitsbedürfnis der Guides Rechnung getragen, indem sie ihnen freistellen, ob sie Namensschilder tragen wollen oder nicht. „Wir empfehlen, klare Regeln vor Beginn einer Führung vorzugeben, was etwa das Fotografieren und Audio-Mitschnitte betrifft.“

Die MBR hat mit den Guides von Berliner NS-Gedenkstätten in Rollenspielen das Verhalten geübt. „Wir versuchen, den Guides einen Eindruck davon zu geben, was alles passieren kann“, sagt Müller. Aber manche der häufig freien Mitarbeiter von Gedenkstätten wollen mit solchen Leuten keine Führungen übernehmen. Matthias Müller kann das verstehen.

„Haltung zeigen!“ Albert Moritz, jugendliche eloquent wirkend, sitzt im Café der Gedenkstätte nahe der belgischen Grenze, die den lieblichen Namen Vogelsang trägt. Doch der will so gar nicht zu der Trutzburg passen, die die Nazis hier in der Eifel in den 1930er Jahren geschaffen haben, um künftige Herrenmenschen zu erziehen. Gewaltige Gebäude thronen auf einer Anhöhe über der Urfttalsperre, gekrönt von einem Turm. Bis vor ein paar Jahren war das noch ein belgischer Truppenstandort. Heute befindet sich hier eine bemerkenswerte Ausstellung über die NS-Nachwuchselite. Aber es stehen auch all die Nazibauten herum samt Fackelträger-Relief am „Sonnenwendplatz“.

Mit ungebetenen Besuchern hat auch Geschäftsführer Moritz zu tun, schon seit einiger Zeit. Er ist für klare Regeln: „Wenn jemand erzählt, Hitler habe doch auch die Autobahnen gebaut, dann lassen wir das nicht unkommentiert stehen“, sagt er. Sechs bis sieben rechtsradikal gesinnte Gruppen kämen jährlich in Vogelsang vorbei, daneben so einige Einzelpersonen, denen man ihre Gesinnung ansehe, offenbar vom Gefühl des Herrenmenschentums besetzt. Die Guides seien speziell geschult und könnten Führungen jederzeit abbrechen, die Polizei müsse man nur sehr selten holen. Und ja, in jüngster Zeit habe es auch Aufkleber-Aktionen der Identitären gegeben.

Doch auch Moritz plädiert für ein differenzierteres Vorgehen. Er berichtet von einem Vorfall, bei dem eine Gruppe Schüler eindeutig rechtsradikale Symbole gezeigt hätten. Sie seien dumme genug gewesen, das auch noch zu posten. Da habe er nicht die Polizei geholt, wohl aber die Schulleitung informiert. Und die 13, 14 Jahre alten Jugendlichen hätten sich später handschriftlich für ihr Verhalten entschuldigt.

Ob AfD-Freunde unter den Besuchern sind, weiß Moritz nicht zu sagen. Doch von anderer Seite ist zu erfahren, dass der örtliche AfD-Bundestagsabgeordnete Rüdiger Lucassen einerseits zum 9. November 2018, dem 80. Jahrestag der Pogromnacht, die „Buskirchener Erklärung“ gegen das Vergessen und für eine offene Gemeinschaft

unterzeichnet hat. Andererseits polemisierte er kürzlich gegen den „hochstilisierten Schuldkomplex“, „schmarotzende Eliten“ und den „Hass auf Deutschland“ – ein typisches Verhalten für AfD-Vertreter: sich an Juden heranwanzen, bei Jahrestagen Kränze zum Gedenken ablegen, aber zugleich völkischen Vorstellungen frönen.

„Wir geben ihnen keinen Opferstatus“

Mehr als erwünscht hat Uwe Neumärker Erfahrungen mit solchen Besuchern machen müssen. Er ist Direktor der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, besser als Holocaust-Mahnmal bekannt. Seit 14 Jahren stehen die 7.711 quaderförmigen Stelen aus Beton in der Mitte Berlins, erinnern an die sechs Millionen von den Nazis und ihren Helfern ermordeten Juden. Mehrere Millionen Besucher hat das Mahnmal jährlich, eine halbe Million besucht den dazugehörigen unterirdischen Ort der Information. Es war dieses Mahnmal, das Björn Höcke 2017 zu seiner Rede vom „Denkmal der Schande“ inspirierte.

Neumärker strahlt Ruhe aus. „Wir stellen es unseren Referenten frei, AfD-Gruppen zu führen“, sagt er. Bisher habe es aber keine bemerkenswerten Vorfälle gegeben. „Wir geben ihnen keinen Sonder- oder Opferstatus.“ Ja, es gebe bisweilen Einträge im Gästebuch, die fordern, es solle wieder einen Führer geben. Aber man habe in all den Jahren praktisch keinen Vandalismus erlebt, keine Demonstrationen von Rechtsradikalen hätten es gewagt, das Mahnmal zu betreten. „Ich rate zur Gelassenheit“, sagt Neumärker und wirkt dabei selbst sehr gelassen.

Aber auch er hat schon Ereignisse erleben müssen, bei denen mehr als diese gefordert war, im letzten November etwa. Zur Verlesung der Namen aller Berliner Opfer des Holocaust war auch der AfD-Landesvorsitzende Georg Pazderski erschienen. Als dieser sich beteiligen wollte, untersagte das Uwe Neumärker und verwies auf sein Hausrecht. „Bei dieser Namensverlesung mochte ich Sie nicht dabei haben“, sagte der Leiter des Mahnmals. Er habe nichts dagegen, wenn Pazderski privat das Mahnmal besuchen wolle. Aber jemand, dessen Parteifreund Höcke eine klar negative Position zum Denkmal bezogen habe, könne nicht die Namen der Opfer verlesen.

Und wenn morgen Björn Höcke vor dem Mahnmal stünde und um eine Führung bitte, was machen Sie dann? Neumärker überlegt nicht lange: „Wenn er keinen Kranz niederlegen will, würde ich ihn durch die Ausstellung führen. Das wäre wohl eine delikate Herausforderung.“

inland 6

Von der Trutzburg zum Stelenfeld

Wewelsburg

„Ideologie und Terror der SS“ lautet der Titel der Dauerausstellung. Geöffnet Dienstag bis Freitag von 10 bis 17 Uhr, Samstag und Sonntag bis 18.00 Uhr. Der Eintritt ist frei. Adresse: Burgwall 19, 33142 Büren-Wewelsburg. Es existiert eine Busverbindung von Paderborn.

Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Forschungs- und Dokumentationszentrum mit Dauerausstellung und wechselnden Sonderausstellungen. Angeschlossen und im selben Haus befindet sich die Ausstellung „Stille Helden“ über die Rettung verfolgter Juden. Geöffnet Montag bis Mittwoch und Freitag von 9 bis 18 Uhr, Donnerstag bis 20.00 Uhr und Samstag und Sonntag von 10 bis 18 Uhr. Der Eintritt ist frei. Adresse: Stauffenbergstr. 13–14, 10785 Berlin

NS-Dokumentation Vogelsang

Forschungs- und Dokumentationszentrum mit Dauerausstellung. „Bestimmung: Herrenmensch“ ist täglich von 10 bis 17 Uhr geöffnet. Der Eintrittspreis beträgt 8, ermäßigt 4 Euro. Adresse: Vogelsang 70, 53937 Schleiden. Ein Shuttlebus verbindet das Gelände mit dem Bahnhof Kall.

Denkmal für die ermordeten Juden Europas

Das Stelenfeld ist jederzeit frei zugänglich. Der „Ort der Information“ ist von Oktober bis März von 10 bis 19, von April bis September bis 20 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei. Lage: Cora-Berliner-Str., 10117 Berlin. (klh)